## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Wie ihr sicher mitbekommen habt, wurde in dieser Woche erneut über die Wahl einer stellvertretenden Bundestagspräsidentin aus Reihen der AfD abgestimmt. Um es klar zu sagen: ich habe mit "Nein" gestimmt. Die AfD ist für mich einfach nicht wählbar. Ja, sie darf antreten, sie haben auch ein Recht auf diesen Platz. Aber: Die Abgeordneten des Bundestages können selber entscheiden, ob sie Personen wählen oder nicht. Wir sind allein unserem Gewissen verpflichtet und dieses Gewissen und unsere historische Verantwortung erlauben es uns nicht eine Vertreterin einer (zumindest in Teilen) rechtsradikalen Partei zu wählen.

Die AfD nutzt gezielt Möglichkeiten aus, um die parlamentarische Arbeit lahm zu legen und übertritt dabei auch Grenzen, wie bspw. durch Bedrohung von Mitarbeiter\*innen im Bundestag, durch die Beleidigung von Abgeordneten oder in der Instrumentalisierung von Gedenken. Damit disqualifizieren sich ihre Vertreter\*innen von einem Amt, in dem fair und neutral gehandelt werden muss.

Die Fraktion lässt kaum Gelegenheiten aus, um das Plenum als Bühne zu inszenieren und mit menschenverachtenden Ideen, einem rückwärtsgewandten Geschlechterbild und der Abwertung demokratischer Werte die Grenzen des Sagbaren nach rechts zu verschieben. Diese Diskursverschiebung ist nicht ein

Nebeneffekt, sondern Ziel dieser Strategie und ich werde sie nicht durch meine Stimme legitimieren! Diese kalkulierten Tabubrüche wurden bereits mehrmals vom Bundestagspräsidium gerügt. Würde eine Bundestagsvizepräsidentin der AfD ihre eigene Partei genauso rügen? Aufgrund der fehlenden Distanzierung von Frau Harder-Kühnel zu ihrer Fraktion ist dies nicht zu erwarten.

Aber wir lassen uns von diesen Rechtsaußen nicht von unserem Plan abbringen: Wir haben einige wichtige sozialdemokratische Ziele in dieser Parlamentswoche auf den Weg gebracht, die ihr auf den folgenden Seiten nachlesen könnt.

Euer,

flishad Oslews







## **ENDLICH MEHR BAFÖG**

Der Zugang zu Bildung für alle Menschen, unabhängig von der finanziellen Situation, ist ein grundlegend sozialdemokratisches Anliegen. Die Ausbildungs- und Studienfinanzierung im Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) trägt maßgeblich zur Chancengleichheit in unserem Bildungssystem bei. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb erfolgreich für die Verbesserung des BAföG eingesetzt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat dafür insgesamt 1,23 Mrd. Euro für diese Wahlperiode bereitgestellt. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in dieser Woche in 1. Lesung beraten wurde, beinhaltet viele Verbesserungen. So wird der Wohnzuschlag für nicht bei den Eltern wohnende BAföG-Geförderte im ersten Schritt der Novelle 2019 überproportional um 30 Prozent von derzeit 250 Euro auf 325 Euro angehoben. Die Bedarfssätze werden um 7 Prozent (5 Prozent im ersten Schritt 2019 und nochmals um 2 Prozent 2010) angepasst und der Förderungshöchstsatz steigt um mehr als 15 Prozent von derzeit 735 Euro auf insgesamt 861 Euro monatlich.



Das ist ein starkes Signal für mehr Chancengleichheit im Bildungssystem und eine tolle Nachricht für die etwa 7.000 Studierenden in meinem Wahlkreis. Denn wir wollen, dass Leistung und Talent und nicht die soziale Herkunft über Bildungschancen entscheiden. Das BAföG ist wie kein anderes bildungspolitisches Instrument ein Garant für Chancengleichheit.

Gerade auch in meinem Wahlkreis, in dem nicht zuletzt aufgrund des Strukturwandels viele Familien leben, bei denen die Mittel der Eltern nicht für Ausbildung oder Studium ihrer Kinder reichen, ist die BAföG-Reform sehr wichtig und wird vielen jungen Menschen zugutekommen.

Damit mehr Studierenden aus der Mitte der Gesellschaft, die oftmals nur knapp über der Anspruchsgrenze liegen, eine Förderung ermöglicht werden kann, werden Einkommensfreibeträge für die Eltern um insgesamt 16 Prozent (7 Prozent 2019, 3 Prozent 2020 und 6 Prozent 2021) angehoben. Der Freibetrag für eigenes Vermögen von Auszubildenden wird von derzeit 7.500 Euro auf künftig 8.200 Euro ab 2020 angehoben. Wichtig ist auch, dass die Entscheidung für oder gegen ein Studium nicht von Verschuldungsängsten geleitet ist. Deshalb sieht der Gesetzentwurf den Erlass von Restschulden vor, wenn der Darlehensanteil des BAföG trotz nachweisbaren Bemühens binnen 20 Jahren nicht getilgt werden kann. Das Gesetz soll kommenden Herbst rechtzeitig zum Wintersemester 2019/2020 in Kraft treten.

## ORDNUNG UND GERECHTIGKEIT AUF DEM ARBEITSMARKT

Illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug schaden uns allen. Es braucht klare und gerechte Regeln auf dem Arbeitsmarkt, die auch durchgesetzt werden. Um dies zu gewährleisten hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz den Gesetzentwurf zur Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch auf den Weg gebracht, den wir in dieser Woche im Bundestag beraten haben.

Der Staat muss entschlossen gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Sozialleistungsbetrug vorgehen. Deswegen stärken wir den Zoll und die Finanzkontrolle Schwarzarbeit personell und in ihren Befugnissen, damit sie wirksamer durchgreifen können. Damit schützen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser vor Bezahlung unter Mindestlohn, Nichtabführung von Sozialbeiträgen und Ausbeutung und gewährleisten gleichzeitig einen fairen Wettbewerb für Unternehmen. Nicht zuletzt kommen wir damit den Forderungen vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach, die auf diese Problematik immer wieder aufmerksam gemacht und um Unterstützung gebeten haben.

Der Zoll hat alleine in den letzten beiden Jahren Schäden in Höhe von 1,8 Mrd. Euro aufgedeckt, die u.a. durch Illegale Beschäftigung und Sozialleistungsbetrug entstanden sind. Das Gesetz stärkt auch die Einsatzmöglichkeiten des Zolls für faire Arbeitsbedingungen: Menschen aus dem EU-Ausland werden oft gezielt nach

Deutschland gelockt und hier Opfer von Zwangsarbeit und Ausbeutung. Häufig werden sie zudem in Schrottimmobilien unwürdig und zu überhöhten Preisen untergebracht. Dagegen wird der Zoll zukünftig noch wirkungsvoller vorgehen und ermitteln können.



Auch gegen "Tagelöhner-Börsen" bzw. den sogenannten "Arbeiterstrich", wo Arbeiter für meist einfache, körperlich anstrengende Arbeiten kurzfristig und ohne Einhaltung gesetzlicher Vorgaben angeworben und beschäftigt werden, wird der Zoll effektiver vorgehen können. Im Hinblick auf Scheinarbeitsverträge, die dazu genutzt werden, Kindergeld oder andere Sozialleistungen zu missbrauchen, wird es durch das Gesetz bessere Durchgriffs- und Ahndungsmöglichkeiten geben. Ebenso bei Fällen organisierter Kriminalität im Baugewerbe, wie z. B. in Fällen von Kettenbetrug, wenn Scheinrechnungen ausgestellt werden, um Schwarzgeld für kriminelle Zwecke zu generieren.

### **70 JAHRE NATO**

Aus Anlass des 70-jährigen Bestehens der NATO haben wir in dieser Woche einen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD beraten. Die NATO hat seit ihrem Bestehen die Sicherheit der Verbündeten und den Frieden im Bündnisgebiet gewährt. Deutschland bleibt fest verankert in internationalen, multilateralen Strukturen und setzt sich für die Stärkung einer auf Regeln und Zusammenarbeit basierenden Weltordnung ein. Für uns bilden dafür die Vereinten Nationen, die Europäische Union und die NATO den Rahmen. Der Antrag fordert, dass militärische Maßnahmen eng mit der Außen- und Entwicklungspolitik verzahnt werden und dass sich die NATO auch weiterhin dem Ziel einer Welt ohne Nuklearwaffen verpflichtet fühlt. Einsätze der NATO müssen im Einklang mit dem Völkerrecht und auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen stattfinden. Vor dem Hintergrund neuer Risiken für den Frieden in Europa und der Welt, wie zum Beispiel die Bedrohung durch Terrorismus, Cyber-Angriffe und hybride Kriegsführung, muss die NATO weiter gestärkt werden. Dies bedeutet, auch den langjährigen Einsatz des Bündnisses für eine bessere Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung weiterzuführen. Um die Spannungen in Europa abzubauen, wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine stärkere Nutzung des NATO-Russland-Rates zur Risikominimierung, Vermeidung von ungewollter Eskalation und zum Abbau des erheblichen gegenseitigen Misstrauens einzusetzen.

## BUNDESPROGRAMM "JUGEND ERINNERT"

2019 jähren sich zum 80. Mal der Hitler-Stalin-Pakt, der deutsche Überfall auf Polen und der damit entfesselte Zweite Weltkrieg. Auch jährt sich die friedliche Revolution von 1989, die zum Ende der SED-Diktator geführt hat, 2019 zum 30. Mal. Diese Jahrestage unterstreichen Deutschlands besondere moralische Verpflichtung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und des Unrechtsstaats der DDR. Teil dieser Verantwortung ist es, die Erinnerung an das unvergleichbare Unrecht des Nationalsozialismus und an die Opfer der SED-Diktatur auch für die nachfolgenden Generationen und über die nationalen Grenzen hinaus wachzuhalten.

Deshalb haben wir diese Woche auch den von der SPD-Bundestagsfraktion initiierten gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen für ein neues Bundesprogramm "Jugend erinnert" beraten. Dieses Programm "Jugend erinnert" ist Teil dieser Verpflichtung, die Wissensvermittlung über die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur zu stärken.

Gedenkorte und Gedenkstättenbesuche sollen Denkanstöße geben und nachhaltig wirken. Multimediale Angebote und ein grenzüberschreitender Austausch und Begegnungen sollen insbesondere Antisemitismus, Rassismus und Antiziganismus entgegenwirken. Die Auseinandersetzung mit Krieg, Flucht und Vertreibung hilft beim Abbau von Vorurteilen und Stereotypen. Sie schafft gegenseitiges Verständnis und fördert eine europäische Erinnerungskultur.

## AUSBAU DER STROMNETZE FÜR DIE ENER-GIEWENDE VORANBRINGEN

Am Donnerstag hat der Bundestag in zweiter und dritter Lesung das Gesetz zu Beschleunigung des Energieleitungsausbau (Netzausbaubeschleunigungsgesetz) beraten, mit dem die Infrastruktur für ein Gelingen der Energiewende gestärkt werden soll. Nur mit effizienten und modernen regionalen Verteil- und überregionalen Übertragungsnetzen lässt sich das Ziel der Koalition, 65 Prozent Anteil an erneuerbare Energien an der Stromerzeugung bis 2030, erreichen.

Die Stromleitungen in Deutschland müssen schneller ausgebaut werden als in der Vergangenheit, um die Ziele des Koalitionsvertrags umsetzen zu können. Das Gelingen der Energiewende mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien, dem optimalen Betrieb konventioneller Kraftwerke und dem internationalen Stromhandel hängt wesentlich von dem Zustand und den Kapazitäten der Stromleitungen ab. Insbesondere Hoch- und Höchstspannungsleitungen sind erforderlich, um den Strom von Windkraftparks im Norden zu den Verbrauchszentren im Süden zu leiten. Nur dann können wir die Ausbauziele bei den regenerativen Energien erreichen. Darum sollen die Verfahren für Planung und Genehmigung für den Neubau, die Optimierung und Verstärkung von Stromleitungen, insbesondere für den Transport von Nord- nach Süddeutschland, beschleunigt werden.

Es wird sichergestellt, dass die Öffentlichkeit weiterhin frühzeitig und umfassend beteiligt wird – während des

gesamten Prozesses von der Netzentwicklungsplanung bis zur Planfeststellung. Inhaltliche Kriterien beim Stromleitungsausbau, die dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, z. B. hinsichtlich magnetischer und elektrischer Felder, dienen, bleiben erhalten. Gleichzeitig werden entschädigungsrechtliche Regelungen bundesweit vereinheitlicht, um vom Netzausbau betroffene Grundstücksbesitzerinnen und -besitzer zu entschädigen.

#### WEG VOM EINWEGBECHER

Unser "Coffee to Go" ist für viele unverzichtbar auf dem Weg zur Arbeit, Uni oder Schule. Doch nachhaltig ist der meist verwendete Einwegbecher nicht. Deshalb müssen wir es schaffen, ein adäquates Mehrweg-System einzuführen. Dafür setzt sich Marlene Haas von der "Lust auf besser leben gGmbH" ein. Sie kam mit der Idee zu mir, dass es einen deutschlandweiten Kongress zum Thema "Pfandbecher und Mehrwegsysteme geben soll und sucht dabei nach Unterstützung. Ich finde die Idee gut, da die unterschiedlichen Unternehmen so zu gemeinsamen Lösungen finden können.



MEHRWEG STATT FINWEG

#### BEIM POLITIKMEMORANDUM VOM DWA

Mein Ziel ist der gute ökologische Zustand unserer Flüsse. Darüber habe ich mit Uli Paetzel, Johannes Lohaus und Stefan Kopp-Assenmacher von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA), sowie der Leiterin der Abteilung Wasserwirtschaft im Bundesumweltministerium Dr. Regina Dube, beim Politikmemorandum von der DWA diskutiert. Mit dem Politikmemorandum artikuliert die DWA ihre Forderungen zu wichtigen deutschen und europäischen Themen aus den Bereichen Wasser- und Abfallwirtschaft sowie Bodenschutz. Die DWA bündelt im Wasserbereich viel Fachwissen, welches wir zur Lösung zukünftiger Herausforderungen dringend brauchen. Ich wünsche dem neuen DWA-Präsidenten Dr. Uli Paetzel viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.



ZUSAMMEN FÜR DEN GEWÄSSERSCHUTZ

### MICHAEL IN DEN SOZIALEN MEDIEN

Aktuelle Neuigkeiten bekommt ihr auch auf meinen Kanälen in den sozialen Medien.

Kickt dafür einfach auf die Logos unten:



Facebook



Instagram



Twitter

## PRAKTIKANTEN IM BERLINER BÜRO

#### **NIKLAS ROTH**

Ich heiße Niklas Roth, komme ursprünglich aus Werne und arbeite für drei Wochen im Bundestagsbüro von Michael Thews. Ich studiere im Master Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim und interessiere mich speziell für Entwicklungsökonomie, Fiskalpolitik und Rentensysteme.

Mein Ziel für die Zeit im Bundestag ist es, besser zu verstehen wie die politische Willensbildung in der Praxis funktioniert und die Arbeitsweise von Parlamentariern aussieht. Viele interessante Einblicke wurden mir dabei bereits gewährt und ich konnte auch inhaltlich in neue Themen eintauchen.

#### JOSEPH ELHARAR

Mein Name ist Joseph Elharar. Ich komme aus Jerusalem und habe die Gelegenheit, im Rahmen des Internationalen Parlamentsstipendiums bis Ende Juni bei Michael im Bundestagsbüro die tägliche Arbeit im Bundestag und in der SPD-Fraktion zu erleben. Schon nach der ersten Woche des Praktikums bin ich fasziniert von dem Umfang der Arbeit und der Themen im Büro: Arbeitsgruppen, Ausschuss-, Fraktions- und Plenarsitzungen. Auf der Tagesordnung standen Themen wie EU-Sammelziele für Elektroschrott, nachhaltige Entwicklung, Antibiotikaresistenz und Umwelt. Zudem habe ich den direkten Kontakt zwischen Michael und seinen Wählern erfahren beim Besuch von Schülern und Bürgern aus Michaels Wahlkreis. Ich freue mich sehr auf die Einblicke in die weitere Arbeit.



### ABGEORDNETENFAHRT NACH BERLIN

Mein Wahlkreisbüro organisiert regelmäßig Fahrten nach Berlin. Wie ihr wisst, freut es mich immer, wenn Menschen aus meinem Wahlkreis Berlin besuchen. Auf dem Programm stand ein Rundgang durch den Bundestag, eine Stadtrundfahrt durch Berlin, aber auch Gedenkstättenbesuche wie in der Gedenkstätte Potsdamer Abkommen und der Gedenkstätte Berliner Mauer.

Eine Abgeordnetenfahrt bietet ein tolles und vielseitiges Programm. Wann die nächste Fahrt ansteht erfahrt ihr zu gegebener Zeit hier in meinem Wochenbericht. Ich freue mich schon darauf.



AUF DEM DACH DES REICHSTAGSGEBÄUDES



ZEIT FÜR GESPRÄCHE

## **BESUCH VOM HAMMONENSE GYMNASIUM**

Auch eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern des Hammonense Gymnasiums in Hamm hat mich in Berlin besucht. Vielen Dank für den Besuch und die interessanten Gespräche.



SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VOM HAMMONENSE GYMNASIUM

## MEISTEREHRUNG DES STADTSPORTVERBANDES LÜNEN

Bei der Sportgala des Stadtsportverbandes Lünen wurden die Lüner Sportlerinnen und Sportler für ihre hervorragenden Leistungen in den unterschiedlichsten Sportarten geehrt. Zum Sportler des Jahres wurde der "Special Olympics"-Teilnehmer Christian Jansen gewählt, der beim Verein für Reittherapie Kreis Unna aktiv ist. Sportlerin des Jahres wurde Maissa Triqui, die u. a. Weltmeisterin im Kickhoxen ist

Ich gratuliere allen Aktiven und sage danke an die Ehrenamtlichen für diese schöne Veranstaltung.



BEI DER MEISTEREHRUNG

#### POLITIK HAUTNAH BEIM EU-PROJEKTTAG

Anlässlich des EU-Projekttages war ich in diesem Jahr am Städt. Gymnasium in Selm, um mit jungen Menschen über Europa zu diskutieren. Gut vorbereitet stellten die Jugendlichen nach einer Präsentation von Plakaten ihr Fachwissen in einer Debatte dar. In der anschließenden sehr lebhaften Diskussionsrunde wurden viele Themen angesprochen. Besonders interessiert waren die Schülerinnen und Schüler natürlich an der aktuellen Diskussion zum Upload-Filter sowie am Klima- und Umweltschutz. Ich habe die Schülerinnen und Schüler aufgefordert, weiterhin kritisch zu bleiben, sich zu informieren und auf alle Fälle wählen zu gehen.



SPANNENDEN DISKUSSION IM STÄDTISCHEN GYMNASIUM

## 10 JAHRE SCHIEßSTAND DER SPORTSCHÜTZEN NORDLÜNEN-ALSTEDDE

Herzlichen Glückwunsch den Sportschützen Nordlünen-Alstedde zu 10 Jahren Schießstand im ARA Gebäude. Ein sympathischer Verein mit einem modernen elektronischen Schießstand. Bekannt ist auch der Biathlon Wettbewerb und auch für dieses Training ist der Verein gerüstet. Natürlich haben wir auch über Nachhaltig gesprochen, so wird gebrauchte Munition z.B. recycelt.

Eine lange gemeinsame Tradition, mit regelmäßigen Treffen, gibt es mit dem SPD Ortsvereins Lünen-Altlünen.



10 JAHRE GIBT ES JETZT DEN SCHJESSSTAND

## EUROPAABGEORDNETER DIETMAR KÖSTER BEI DER JUBILAREHRUNG DER SPD LÜNEN

Bei der traditionellen Jubilarehrung des Stadtverbandes wurden 43 verdiente Genoss\*innen geehrt, die 50 Jahre und länger der SPD die Treue halten. Mit Marga Wengert wurde eine Genossin geehrt, die bereits seit 71 Jahre Mitglied ist. Diese Menschen haben unglaublich viel für unsere Region und die Sozialdemokratie erreicht. Unser Europaabgeordneter Dietmar Köster hat in seiner Festrede noch einmal betont, wie wichtig es ist bei der Europawahl für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa zu kämpfen.

Allen Jubilarinnen und Jubilaren sage ich noch einmal herzlichen Glückwunsch!



ZUSAMMEN MIT DEN LUBILAREN

## **AURUBIS ERÖFFNET "ATASI"**

Nachhaltig handeln bedeutet auch, die nächste Generation gut auszubilden.

Aurubis stellt sich dieser Verantwortung mit einem neuen und modernen Zentrum für Ausbildung, Technik und Arbeitssicherheit



FEIERLICHE ERÖFFNUNG VON "ATASI"

## RADSTATION DER AWO IN WERNE ERÖFFNET

Die neue Radsaison eröffnete die AWO mit ihrer neuen Radstation am Bahnhof in Werne. Radfahrer können hier über ein Chipsystem 24 Stunden täglich ihr Fahrrad abstellen. Außerdem gibt einen Full-Service von der Reparatur und Wartung bis zum Ersatzteilverkauf.



DIE NEUE RADSTATION

## JAHRESEMPFANG DER LÜNER SPD

Mit fast 200 Gästen feierte die Lüner SPD ihren Jahresempfang am vergangenen Sonntag. Festredner war der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Thomas Kutschaty. In seiner Rede ging Kutschaty u. a. auf das Themen Straßenausbaubeiträge und Europa ein. Mit einem gemeinsamen Imbiss endete der Empfang.



ZUSAMMEN MIT DEM FESTREDNER THOMAS KUTSCHATY (RECHTS)

# DISKUSSIONSVERANSTALTUNG "ZUKUNFT DER STEINKOHLEKRAFTWERK-STANDORTE"

Die Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" hat in ihrem Abschlussbericht neben dem Aus für den Braunkohleabbau auch einen Fahrplan für den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 vorgelegt.

In einer Diskussionsveranstaltung zum Thema "Zukunft der Steinkohlekraftwerk-Standorte" soll über die Folgen und Chancen für Region gesprochen werden.

Die Veranstaltung findet am Donnerstag, dem 2. Mai um 19.00 Uhr im Kohlekraftwerk Trianel in Lünen statt. Wer dabei sein möchte, kann sich ab sofort unter der Mailadresse Michael. Thews. wk@bundestag.de anmelden.

TRIANEL IN LÜNEN (FOTO: © Possi88 - CC-BY-3.0)

## EUROPAWAHL – MARTIN SCHULZ AM 13. APRIL IN HAMM UND LÜNEN

Ich freue mich sehr darüber, dass Martin Schulz in meinen Wahlkreis kommt. Am Samstag, dem 13. April wird Martin Schulz ab 11.30 Uhr auf dem Wochenmarkt in Hamm unterwegs sein und das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Ab 14.00 Uhr wird Martin Schulz bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Jusos und mir in Lünen sein. Unter dem Motto "Sach mal, Martin…" sollen alle an Europa interessierten Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, mit Martin Schulz zu diskutieren. Die Veranstaltung findet im Gemeindesaal St. Georg, St. Georgs-Kirchplatz, statt.



MARTIN SCHULZ KOMMT NACH HAMM UND LÜNEN

### **DISKUSSION BEI WOLTER HOPPENBERG**

Die Kanzlei Wolter Hoppenberg lädt jährlich zu einem Umweltrechtstag ein. Ich durfte dabei über den aktuellen Stand von Gesetzgebungsverfahren referieren, insbesondere zum Thema Umwelt. Der 12. Umweltrechtstag ist als Fortbildungsveranstaltung bei der Ingenieurkammer-Bau NRW, Architektenkammer NRW sowie beim LANUV (Immissionsschutzbeauftragte) anerkannt



TOLLE VERANSTALTUNG BEI WOLTER HOPPENBERG

### OFFENE SPRECHSTUNDE IM FEIDIKFORUM

Gerne war ich bei der offenen Sprechstunde des Stadtteilzentrums FeidikForum & Mehrgenerationenhaus dabei. Viele spannende Diskussionen und Gespräche. Herzlichen Dank an die Leiterin Frau Lenz für die Unterstützung und den Input zum Thema Herausforderungen durch den demographischen Wandel.



BEI DER OFFENEN SPRECHSTUNDE

## **EUROPA IST DIE ANTWORT**

Der Europawahlkampf nimmt auch in Lünen an Fahrt auf. Beim ersten Infostand habe ich gerne mitgeholfen für ein demokratisches und soziales Europa zu kämpfen. Mein roter E-Roller hat nun den passenden Aufkleber: We are Europe, Baby!



WE ARE EUROPE, BABY